



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



Nr. 3 / Juli 2019

www.prodemokratie.com

Klimaspekulanten und Menschenvertreiber!

Mit großem Pomp wurde der dritte „World Summit“ zum Thema „Klimafinanzierung“ in Wien abgehalten. Rund 1.200 Besucher aus 30 Nationen folgten dem von Arnold Schwarzenegger initiierten Spektakel. Vorneweg verfolgten in der ersten Reihe der UN-Generalsekretär Guterres, Präsident Van der Bellen und zahlreiche Mitglieder der gescheiterten letzten Regierung die Show der Klimaspekulanten aus aller Welt. Als Maskottchen diente die aufmüpfige schwedische Schülerin Greta Thunberg – sie durfte auch ein paar Worte an die versammelte Prominenz und Präpotenz richten. Als Hauptredner pries der Austrokalifornier die Elektromobilität.

„Hätte Volkswagen ein entsprechendes Fahrzeug, dann hätte ich schon fünf davon in meiner Garage“, führte er gewohnt großspurig aus. Er war ja auch mit dem Privatjet angereist und grob geschätzt hat allein diese Europareise des Terminators die Atmosphäre mit ca. **8 Tonnen CO2** belastet. Zum Vergleich verursacht ein Mittelklassewagen beim Zurücklegen von 12.000 Kilometern ca. **2 Tonnen pro Jahr**. Derzeit steht jedem Menschen auf der Erde jährlich ein „CO2 Freibetrag“ von 2,3 Tonnen pro Jahr zur Verfügung, die er verbrauchen dürfte, ohne das Klima nachhaltig zum Schlechteren zu verändern. Also dieser Energieterminator mit einem ökologischen Fußabdruck in der Größe eines mittleren steirischen Dorfes gibt Rat-Schläge zur Erreichung der Klimaziele und wirbt für das Vorbild Kalifornien. Allein im vergangenen Jahr verbrannte in Kalifornien eine Fläche Wald, die größer als Luxemburg ist – wie in Portugal sind es auch hier intensiv hochgezogene Eukalyptusmonokulturen die in der Dürre entflammen. Die Feuerwehren werden überwiegend mit Häftlingen bemannt, die für diese Tätigkeit einen Dollar pro Tag bekommen. Die privaten Haftanstalten, die selbstverständlich reale Stundenlöhne kassieren, verdienen ein Vermögen an diesen jährlichen Bränden mit gigantischen Emissionen von CO2, Feinstaub und sonstigen giftigen Gasen. Ein kalifornisches Programm zum Emissionshandel, das eigentlich die Abgabe von Klimagasen reduzieren sollte, hat Großgrundbesitzern hunderte Millionen

Dollar in die Kassen gespült – ohne dass es tatsächlich zu einer CO2-Reduzierung gekommen wäre. Diese Ergebnisse stellen die Effektivität des gesamten Emissionsrechtehandels in Kalifornien in Frage, was weltweite Bedeutung hat. Nach diesem Modell sollten weltweit „**marktbasierte Instrumente**“ zum Emissionshandel angewandt werden (Summit heißt Gipfel und ein Gipfel der Unverschämtheit war diese Veranstaltung ohne Zweifel).

Die Repräsentanten afrikanischer Staaten versicherten bei diesem „Summit“ artig und intensiv die Entwicklung in die Richtung westlicher Industriestaaten voranzutreiben um auch vermehrt Lebensmittel in diese exportieren zu können und baten um Spenden für die jüngsten Opfer der afrikanischen Klimakatastrophen. Das überwiegend vom Westen und da vorwiegend von den früheren Kolonialherren versauerte Klima wendet sich besonders gegen die südliche Halbkugel und hier gegen den größten Kontinent Afrika. Von den Klimaspekulanten ist aber gemäß des angeführten Emissionshandels nur eine zusätzliche Verschärfung der prekären Lage zu erwarten.

EPA-Verträge (Economic Partnership Agreements) mit Afrika

Die EU hat nun endlich mit der Anwendung von zahlreichen Drohungen ihre EPA-Verträge (Economic Partnership Agreements) mit zahlreichen afrikanischen Staaten durchgepresst und diese Verträge sind in ihren fatalen Auswirkungen durchaus mit dem Kolonialismus früherer Tage zu vergleichen. Obwohl nach der UN-Welternährungsorganisation FAO viele der Länder südlich der Sahara potenzielle Kornkammern wären, müssen rund 80 Prozent der Lebensmittel in Afrika importiert werden. Auch Grundnahrungsmittel wie Mais, Weizen, Reis, Soja und Milch gehören zu den Importgütern. Der Grund dafür ist, dass wegen der Spekulation von Großinvestoren riesige Flächen brachliegen bzw. im Zuge des „landgrabblings“ Agrarprodukte für den Export produziert werden. **Ein großer Anteil importierter Lebensmittel kommt aus der**

Europäischen Union, wo hohe Export-Subventionen dazu führen, dass in Afrika zu Preisen angeboten wird, die nicht einmal die dort ohnehin schon extrem niedrigen Produktionskosten decken würden.

Die EU erlaubt den afrikanischen Staaten im Rahmen diese EPA- Verträge vielfach zoll- und quotenfreien Marktzugang, im Gegenzug müssen die Afrikaner aber den Großteil ihrer Märkte öffnen und Gebühren und Zölle abbauen. Das heißt die EU zerstört die kleinstrukturierte afrikanische Agrarproduktion durch Dumping-exporte und produziert dann mit sogenannten Investoren (Danone, Nestle, Bayer-Monsanto ...) auf den Böden der vertriebenen Kleinbauern in industrieller Weise Exportprodukte. Das Berliner „World Food Institut für Welternährung e.v.“ schätzt dass die Transformation der afrikanischen Landwirtschaft gemäß westlicher Konzepte in schon sehr naher Zukunft zur „Freisetzung“, das heißt Vertreibung, von **„400 Millionen Kleinbauern“** führt. Diese werden vorerst in die Slums der explodierenden Großstädte abgedrängt, wo sie durch die vollkommen fehlende Lebensperspektive unter Eingehung aller Risiken versuchen nach Europa zu kommen um zu überleben. Von den, durch europäisches Tomatenmark zu Dumpingpreisen in den Ruin vertriebenen Tomatenbauern aus Ghana, die nach der Flucht mit zahlreichen Opfern nun in der süditalienischen „Tomatenprovinz“ Foggia als Arbeitssklaven Tomaten produzieren, die dann, als subventioniert exportiertes Tomatenmark weitere afrikanische Kleinbauern ruiniert, haben wir schon berichtet. Nach diesem Modell werden auch in der EU nicht vermarktbar Fleischteile zu Dumpingpreisen nach Afrika „gefördert“ und zerstören damit auch diese Bereiche der lokalen Landwirtschaft.

Neben diesen lebensnotwendigen afrikanischen „Bodenschätzen“ werden auch die des Meeres von Fischfangflotten der EU aber auch aus Asien gnadenlos geplündert. Zum Teil wird dies durch „erworbene“ Fischfangrechte über korrupte afrikanische Regierungen, zu 40 Prozent aber auch durch illegalen Fang mit Supertrawlern einfach aufgezwungen. Bis zu **250 Tonnen Fisch fängt ein einziger europäischer Supertrawler pro Tag**. Das ist die Menge, die **56 mauretanische Fischerboote** gemeinsam aus dem Meer fischen – **pro Jahr**. Für die unter unmenschlichen Bedingungen in Afrika geförderten Rohstoffe unserer High-Tech- Industrie liefern wir Müll, Elektroschrott, Industrieabfall und in den somalischen Küstengewässern wurde auch schon radioaktiver Abfall, der neben anderen Schwermetallen auch Cadmium und Quecksilber enthielt ins Meer gekippt. Das militärische Engagement Europas wird scheinheilig als Ausbildung von Truppen der Afrikanischen Union für

den Einsatz im Rahmen von Friedensmissionen getarnt, das wahre Interesse besteht jedoch darin die Ausbeutung der Bodenschätze militärisch abzusichern und zusammen mit korrupten „War Lords“ und dienstbaren „Häuptlingen“, die vor Hunger und kriegerischen Scharmützeln flüchtenden Menschen schon in Afrika in **Lagern zu konzentrieren**.

Chinas Seitenweg der Seidenstraße

Manche sehen im Engagement Chinas eine gewisse Hoffnung für die Entwicklung Afrikas.

Schätzungen zufolge leistete China 2013 Entwicklungshilfe im engeren Sinne im Umfang von 75 Milliarden Dollar an Afrika. Die EU hat im selben Jahr ca. 20 Mrd. Euro für Afrika eingesetzt. Die Kredite der Weltbank beliefen sich auf insgesamt ca. 4,5 Milliarden. Es gibt Stimmen, die angesichts des Volumens und der Wirkung der westlichen Entwicklungszusammenarbeit mehr von Almosen als von echter Hilfe sprechen. In anderen Größenordnungen vergibt China – hauptsächlich über die staatliche „Export Import Bank“ mehrjährige Kredite, die über Rohstoff- und Agrarland- Ressourcen abgesichert werden. So haben sich Angola 14,5 Mrd., Ghana 13 Mrd., Nigeria 8,4 Mrd., die Demokratische Republik Kongo 6,5 Mrd. und Äthiopien 3 Milliarden Dollar für Infrastruktur-Projekte geliehen, die ausschließlich von chinesischen Baufirmen ausgeführt werden. Mit einem Handelsvolumen von über 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr ist China zum größten Handelspartner Afrikas geworden. Bei kritischer Betrachtung zeigt sich aber, dass wie beim Verkehr mit anderen kapitalistischen Großmächten (es gibt ja nur mehr solche) die Interessen Chinas im Vordergrund stehen. China sichert sich durch die Infrastrukturprojekte nicht nur den Zugriff auf die afrikanischen Ressourcen, sondern auch den Warenverkehr über Eisenbahnen, Fernstraßen und Häfen für die Ausfuhr derselben und die Einfuhr der chinesischen Billigware, deren Absatz in Europa und den USA ohnehin nachlässt. China importiert ein relativ kleines Spektrum an unverarbeiteten Rohstoffen und bringt im Gegenzug eine große Bandbreite an fertig verarbeiteten Produkten auf die afrikanischen Märkte und verdrängt lokale Produzenten von den heimischen Märkten, beispielsweise in der Textilindustrie in Kenia, Südafrika und Sambia. Die chinesische Billigkonkurrenz führte in einigen Staaten bereits zu massiven Arbeitsplatzverlusten, wie in der Textilindustrie in Südafrika, Lesotho und Nigeria oder in der Lederindustrie in Äthiopien und im Senegal. Durch die umfangreichen Rohstoff-Lieferungen nach China sind viele Länder stark abhängig von China und von den Rohstoffpreisen.

Der Abbau dieser Rohstoffe läuft auch nicht konfliktfrei. Der Vorwurf, China beute die Rohstoffe Afrikas aus und verletze dabei grundlegende Arbeitsrechte, wird immer häufiger erhoben. Mehrfach gab es in von China geführten Kupferminen in Sambia

Aufstände der Minenarbeiter. Sie protestierten gegen schlechte Arbeitsbedingungen, unzureichende Schutzkleidung und extrem niedrige Löhne. Dabei kam es bei den Protesten teilweise zu gewaltsamen Ausschreitungen. 2010 eröffneten chinesische Sicherheitsbeamte bei Protesten das Feuer auf demonstrierende Arbeiter, es kam zu mehreren Verletzten. 2012 wurde bei Protesten ein chinesischer Aufseher getötet. Zwar leben inzwischen weit **mehr als eine Million Chinesen in Afrika**, doch sie betreiben oft nur ebenfalls mit chinesischem Personal besetzte Import-Export-Firmen, Einzelhandelsgeschäfte oder Restaurants, die für Afrikaner kaum Arbeitsplätze schaffen. Ein großer Anteil der Chinesen ist mit der Errichtung und dem Betrieb der chinesischen Investitionen und mit der Beaufsichtigung der afrikanischen Arbeiter beschäftigt. Die große Zahl von über einer Million militärisch gut ausgebildeter und in Afrika akklimatisierter Reservisten stellt natürlich auch ein Militärpotential dar, welches im Konfliktfall ein schwer zu bekämpfender Investitionsschutz für Chinas afrikanische Investitionen wäre. Bis 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas auf 2 Mrd. Menschen verdoppeln. Afrika wird dann ein höheres Arbeitskräftepotential aufweisen als China im Jahr 2016. China erkundet jetzt schon das Potenzial Afrikas als Standort für standardisierte Industriefertigung mit Niedrigstlöhnen. Die Transformation Afrikas von der kleinbäuerlichen Versorgung der Bevölkerung in die Agrarindustrie und Agrarchemie für den Export wird, wie gezeigt, von den Europäern intensiv betrieben, die Ausbeutung der verarmten städtischen Slum-Bevölkerung als Arbeitsklaven anscheinend von den Chinesen angestrebt.



Quelle: Wiener Zeitung, 14.6.2019

Ohne den Weltpolizisten geht es nicht

Die Investitionen der USA in Afrika sind vorwiegend auf den Ölsektor gerichtet. Nicht weil sie es unbedingt selber bräuchten, sondern weil sie es anderen vorenthalten und zu ihren Bedingungen verkaufen möchten. Unter dem Vorwand, die Welt vom Terror zu befreien, konzentrierte sich daher vorerst die Trans-Sahara-Initiative der USA zur Terrorbekämpfung

(TSCI) auf die Bekämpfung mutmaßlicher Operationsbasen von Al-Kaida, unter anderem in Mali, Algerien, Niger, Nigeria, dem Tschad und Senegal. 2007 wurde ein eigenes Einsatzführungskommando für den afrikanischen Kontinent (AFRICOM) eingerichtet und derzeit sind rund 7.500 US-Soldaten, darunter 1.000 private Söldner (Kontraktoren) in Afrika im Einsatz. Die Truppen sind in ein Netzwerk von kleinen Militärbasen oder Stationen eingebunden und verteilen sich auf 53 der insgesamt 54 afrikanischen Länder. Von diesen Basen aus führen Spezialeinheiten wie Navy SEALs, Green Berets und andere derzeit fast 100 geheime und begrenzte Einsätze in 20 afrikanischen Ländern durch. Nach Angaben des kanadisch-amerikanischen Magazins „Vice“ werden derzeit rund 3.500 US-Übungen und militärische Einsätze in ganz Afrika durchgeführt, durchschnittlich 10 pro Tag – ein erstaunlicher Anstieg von 1.900 % seitdem das Kommando AFRICOM vor 12 Jahren eingerichtet wurde. Viele Aktivitäten, die mit „Beraten und Unterstützen“ beschrieben werden, sind nach grundlegender Definition nicht von militärischen Kampfeinsätzen zu unterscheiden. Insgesamt bereitet man von diesen Basen aus die Logistik für große, flächendeckende Auseinandersetzungen in Afrika vor. Der Brexit ist von US-Seite auch deshalb hoch erwünscht, da man mit Großbritannien einen Verbündeten mit großer Flotte und Atomwaffen hätte, der in Afrika sehr hilfreich wäre. Außerdem hätte es das kolonial erprobte Land, welches auch jetzt immer wieder militärische Einsätze in Afrika ausführt, beim Krieg gegen Schwarze etwas leichter als die US-Armee mit einem Anteil von 40 Prozent nicht-weißer Soldaten. Dies könnte nämlich die in den USA ohnehin immer schwelende Rassenfrage außer Balance bringen.

Russlands steigendes Interesse an Afrika ...

... hat die westlichen Länder offenbar kalt erwischt. Es geht dabei laut der britischen Zeitung „The Guardian“ um eine verstärkte militärische Zusammenarbeit und neue Waffendeals. Moskau sei mit seinen Aktivitäten in der Region besonders im Jahr 2018 aufgefallen: So wurde bekannt, dass 175 russische Instrukteure in die Zentralafrikanische Republik entsandt wurden. Ihre Aufgabe besteht laut dem russischen Außenministerium darin, den Soldaten vor Ort die Bedienung der Waffen und Technik beizubringen, die Moskau Anfang des Jahres an die Republik gratis lieferte. Im März besuchte der russische Außenminister Lawrow Angola, Namibia, Mosambik, Äthiopien und Simbabwe und unterzeichnete dort eine Reihe von Abkommen zu Wirtschaftszonen, Erkundung mineralischer Rohstoffe sowie militärischer und technischer Zusammenarbeit.

Wenn man bedenkt, dass in Afrika alle Großmächte die Möglichkeit hätten einen vollkommen rücksichtslosen Krieg zu führen ohne zu Hause irgendwelche Schäden zu riskieren, dann braut sich für die afrikan-

ische Bevölkerung ein apokalyptischer Kollateralschaden zusammen, der zur jetzt schon akuten Klimakatastrophe hinzukommt.



Der einzige Fluchtweg aus der Katastrophe heißt Mittelmeer

Unsere lokalen Politiker und auch die Erlauchten in Brüssel wissen das nur zu genau. Deshalb werden jetzt schon Flüchtlinge aus Afrika von der sogenannten „europäischen christlichen Nächstenliebe“ ausgeklammert (Nächster ist bestenfalls der unmittelbare Nachbar) und man fordert immer massiver den bewaffneten Schutz für die Außengrenzen der Festung Europa. Man sieht auch darüber hinweg, dass derzeit schon auf dem Fluchtweg nach Europa zehntausende Menschen in der Wüste verdursten oder im Mittelmeer ertrinken. Eine Militärfestung gegen unbewaffnete, fliehende Menschen, die mit aller Gewalt und unter intensiver Mitwirkung Europas aus Afrika ausgetrieben werden. Da müssen sich die Ethiker und Humanisten aller Richtungen schon einiges zur Rechtfertigung einfallen lassen. Vielleicht hofft man aber auch mit dem Bombardieren und dem Versenken von Flüchtlingsbooten ein zweites Mal den Friedensnobelpreis für das „Friedensprojekt“ Europa zu erhalten.

2. Weltweiter Klimastreik



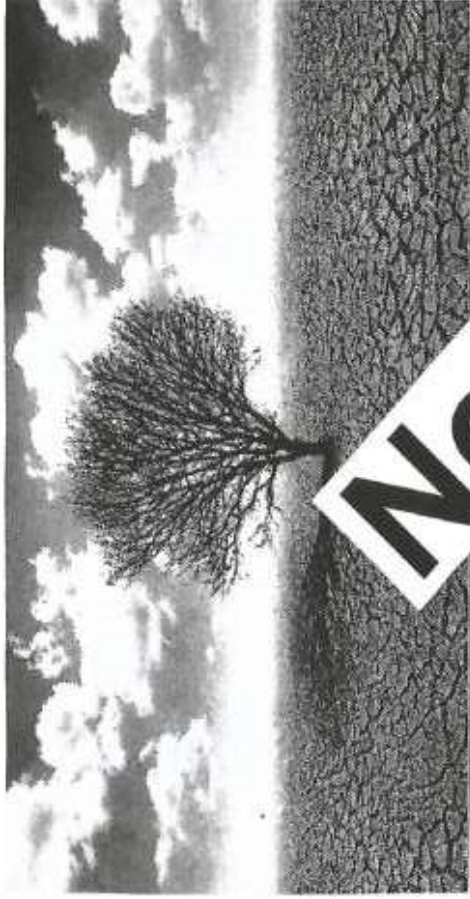
Hunderttausende Jugendliche haben am Freitag den 24.5. weltweit für einen radikalen Kurswechsel hin zu mehr Klimaschutz demonstriert.

Kundgebungen unter dem Motto 2. Weltweiter Klimastreik gab es in europäischen Metropolen wie Rom, Wien, Warschau, London und in dutzenden deutschen Städten. Rund um den Globus waren mehr als 2.000 Kundgebungen und Schülerstreiks in mehr als 120 Staaten angekündigt. In Wien nahmen bei der Fridays for Future Demonstration mehr als 10.000 junge Menschen teil.

Am 31.5. demonstrierten dann in Wien Fridays for Future gemeinsam mit Greta Thunberg. Sie setzten ein Zeichen, um die Entscheidungsträger*innen aufzufordern, gegen das Fortschreiten des massenhaften Artensterbens und Biodiversitätsverlust sowie der Klimakrise vorzugehen.

Erstmals traten auch die Scientists for Future und die Artists for Future in Solidarität mit der Jugend auf, um noch deutlicher auf die Dringlichkeit der Situation hinzuweisen: „Keine Zukunft auf einem toten Planeten“. 26.800 Wissenschaftler*innen haben sich bereits als Scientists for Future zu den Forderungen der Jugend bekannt. Die Demonstration ging vom Heldenplatz bis zum Schwarzenbergplatz (Industriellenvereinigung). Es waren wohl weit über 10.000 Teilnehmer. Wichtiger noch war wohl, dass sich dem Streik und dem Protest der Jugend so viele Erwachsene anschlossen, ihre Solidarität!

Auf den nächsten beiden Seiten befindet sich das Flugblatt, das wir auf den Demonstrationen verteilt haben.



Nein!

zur Zerstörung unseres Planeten

durch
Profitgier
Vergeudungswirtschaft
Über- und Wegwerfproduktion

Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg, Stiftgasse 8, 1070
Wien, ggae@gmx.at / www.prodemokratie.com / info@prodemokratie.com

Widerstand

gegen

Großkonzerne und Industrielobbys
Leugner des Klimawandels
profithörige Regierungen

Auswege

Wirtschaften nicht gegen, sondern für die Menschen
Bedarfsorientierte Produktion
Achtsamer Umgang mit den Ressourcen
Entmachtung unwilliger und unfähiger
Wirtschaftsmanager und Politapparate
Ausstieg aus fossilen Energien und Atomkraft
Förderung von Wind- und Sonnenenergie
Erzeugung langlebiger Produkte

Klimaschutz jetzt!

Klimakatastrophe: Protest weltweit

Ob Sturm, Hochwasser oder Trockenheit – die Wetterextreme nehmen zu. Auch bei uns sind die Folgen hautnah spürbar. Die Klimakatastrophe findet statt. Dagegen hat sich in den letzten Monaten weltweit und auch in Österreich massiver Widerstand erhoben. Die Jugend sagt völlig zurecht, es gibt nur eine Erde!

Profit – Macht – Klimakatastrophe

Nach einer US-Studie produzieren nur 100 Unternehmen 71% der industriellen Treibgas-Emissionen, davon 25 Unternehmen über 50%. „Führend“ sind z.B. ExxonMobil, Shell, BP, Chevron, Total, RWE. Als größte Umweltverrichter gelten die Energiekonzerne, die Transportindustrie und das Agro-Business. 85% des gesamten CO2 Ausstoßes stammen von der Öl-, Gas- und Kohleindustrie! Die Industrie beziehungsweise die 1% Superreichen nehmen um ihrer riesigen Profite willen auch die Zerstörung unserer Erde in Kauf. Statt wirksame Reduktionsmaßnahmen zu setzen, geben die Regierungen den Industrielobbys nach. Klimapolitik wird auf eine weltweite „Klimabörse“ reduziert, wo es sich für die großen Umweltverschmutzer rechnet, Millionen an Ablasszahlungen für ihren CO2-Ausstoß auszugeben statt den Dreck zu reduzieren. So herrschen auf dem Gebiet des „Klimaschutzes“ ähnlich arge Zustände wie in der Wirtschaftspolitik mit ihren für die arbeitenden Menschen verheerenden Folgen für Arbeit und Leben. Wenn nicht jetzt wirksame Maßnahmen gesetzt werden, ist die katastrophale Klimaerwärmung unumkehrbar.

Verleugner – Verharmloser – Vereinnahmer

Um den Protest zu schwächen wird zum Beispiel verbreitet, der Klimawandel beruhe nur auf Fehlberechnungen oder die Atomkraft sei ein Ausweg. Doch Atomkraft ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems! Andererseits behaupten Regierende und Medienkonzerne die Klimaerwärmung sei nicht so schlimm und man könne eh nichts dagegen tun. Sie versuchen den Klimaprotest

schlecht zu machen oder durch Vereinnahmung zu schwächen. Hinter den Leugnern des Klimawandel stehen oft wiederum große Industrielobbys, die sie finanzieren.

Weg von profitorientierter Wirtschaft hin zu bedarfsorientierter Wirtschaft

Förderung von Wind- und Sonnenenergie; Ausbau des öffentlichen Verkehrs; Bereitstellung von langlebigen Produkten und Dienstleistungen. Das heißt: so wirtschaften, dass soziale, ökologische und ökonomische Aspekte berücksichtigt werden. Nur eine radikale Abwendung von der an der Profitmaximierung ausgerichteten Über- und Wegwerfproduktion kann ein erster Schritt aus der drohenden Klimakatastrophe sein.

Wirklicher Umwelt- und Klimaschutz ist möglich

Das Geld ist da. Es ist bei den Konzernen. Freiwillig verzichten sie nicht auf Profit. Denn diese Form des Wirtschaftens verursacht nicht nur den Klimawandel und die Umweltzerstörungen, sondern verrichtet zunehmend die Existenz der Menschen durch Arbeitsstress, Lohndumping, Prekarisierung, Armut, Krieg und Flucht. Sozialabbau, Demokratieabbau, Klimakatastrophen und Umweltzerstörung haben dieselben Verursacher.

Nur eine Non-Profit-Gesellschaft kann der Ausweg im Interesse der Menschen sein! Es helfen nur gemeinsamer Protest und Widerstand von Jung und Alt.

Der Hut brennt: „Klimakonferenzen“ und Schönreden wurden schon genug gehalten. Jetzt muss dringend gehandelt werden! Unser Widerstand ist unsere Chance!



**Solidarität
Widerstand
Klimaschutz**

www.prodemokratie.com

EU: Auf dem Weg zur Kriegsunion

Gefahr für Österreichs Neutralität und den Frieden in Europa

Veranstaltung der "Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg" und des "Österreichischen Solidaritätskomitees" am 9. Mai 2019 im Amerlinghaus in Wien.

Zusammenfassung der Stellungnahmen der Podiumsteilnehmer*innen



Podiumsdiskussion vom 9. Mai 2019 – Auszüge

Thomas Roithner – Friedensforscher

„... Ob man das will oder nicht: Wer heute mehr Europäische Union fordert, fordert automatisch, leider, zwangsläufig auch mehr Militär. Ich möchte klären, warum das so ist und was man tun kann.

Wir befinden uns gerade inmitten einer Phase, die im Juni 2016 begonnen hat und bis Anfang 2021 dauern wird. Warum dieser Zeitraum? Im Juni 2016 haben zwei Ereignisse stattgefunden: das eine war das Referendum in Großbritannien über den Austritt aus der EU. Großbritannien hat stets gesagt, dass deren Sicherheit transatlantisch organisiert ist. Was bedeutet, dass USA und NATO immer mit am Tisch sitzen. Großbritannien ist dagegen, dass die EU autonom agiert und für ihr militärisches Intervenieren, Eingreifen und militärisches Aktivwerden die NATO nicht benötigt. Der zweite Beschluss, der im Juni 2016 gefallen ist, ist der über die Globalstrategie der EU. Da ist der Plan, dass im gesamten militärischen Spektrum an land-, luft- weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen notwendig sind. Seit diesen beiden nun gemeinsam zu sehenden Entscheidungen vom Juni 2016 geht es mit der militärischen Entwicklung der EU sehr rasch. Und diese Phase dauert bis zum Beginn der neuen Haushaltsperiode ab 2021 an. Dann wird die Entwicklung aus heutiger Sicht noch rascher gehen. Katalysator dieser Entwicklung sind – wie gesagt – erstens das Austrittsreferendum in Großbritannien, zweitens die US-Politik seit der Präsidentschaft

Trump, drittens die Versicherheitlichung der Frage, dass Menschen vor Armut und Krieg davonlaufen und viertens der Aufstieg Chinas. Die EU zieht die Konsequenz: Mehr Muskeln und operative Truppen. Einige EU-Staaten wollten schon lange ein militärisches EU-Hauptquartier. Die Briten sagten stets, dass sie kein Hauptquartier benötigen und alles mit der NATO besprechen. Ohne die Briten gibt es nun zumindest für einen wesentlichen Teil der Einsätze das militärische Hauptquartier. Bei Auslandseinsätzen gibt es zahlreiche Entwicklungen. Erstens wurden seit 2003 etwa drei Dutzend Auslandseinsätze getätigt. Ein Drittel sind militärisch, zwei Drittel zivil. Doch 80 % des gesamten eingesetzten Personals sind Militärs. Zweitens, die EU-Battlegroups. Sie sind u.a. für schwere Kampfeinsätze, man trainiert sie seit gut 10 Jahren, aber sie wurden noch nie eingesetzt. Der Grund: politische und finanzielle Uneinigkeit. Nun ist Großbritannien draußen und das Kostenproblem ist gelöst. Einsätze der EU-Battlegroups sind künftig Gemeinschaftskosten und nicht primär nationale Kosten. Und ein dritter Punkt ist die militärische Mobilität. Es geht um den Transport von schweren Waffengattungen. Ein Panzer – der Leopard wiegt 60 Tonnen – kann nicht einfach quer durch die EU transportiert werden. Es werden verstärkte Straßen, Schienen oder Brücken benötigt. Deswegen soll das nun alles für das Militär fit gemacht werden, quasi als „militärisches Schengen“ und Rüstung kann sich frei in der EU bewegen. Für die Haushaltsperiode 2021 – 2027

sind dafür 6,5 Milliarden Euro veranschlagt. Wichtig ist festzustellen, dass dies ein Budget ist, welches es vorher nicht gab, also neues Geld ist. Im Bereich Einsätze gibt es auch die sog. „Peace Facility“. Ziel sind globale Militäreinsätze, die im Interesse der EU sind, diese aber nicht von der Union durchgeführt werden. Anderen Akteuren werden Training, Ausrüstung oder militärische Infrastruktur bezahlt. Auch das ist ein Budget, das es bisher nicht gab, nämlich 10,6 Milliarden für die Periode von 2021 – 2027. Der Trick: es ist es „EU off-budget“. Ohne Großbritannien ging's auch hier sehr schnell.

Die Einsätze waren der erste Teil und jetzt sprechen wir über die Rüstung. In der kommenden Haushaltsperiode 2021 – 2027 stehen für Forschung und Entwicklung von Rüstung 13 Milliarden Euro zur Verfügung. Für Forschung werden 4,1 Milliarden investiert, wobei die EU für die beschlossenen Projekte 100 % bezahlt. Die Entwicklung von Rüstung ist mit 8,9 Milliarden Euro eingeplant. Die Entwicklungskosten werden zwischen 20 und 80 % von der EU übernommen. Natürlich ist das Geld der Steuerzahler aus den Nationalstaaten und auch das ist ein Budget ab 2021 – im geringeren Maß auch bereits vorher –, welches es bisher nicht gab. Wenn die EU bei der Entwicklung nur einen Teil bezahlt, müssen die Mitgliedstaaten den Rest bezahlen. Wir reden von einem Gesamtbetrag von rund 50 Milliarden Euro. Und erst dann müssen wir uns Gedanken machen, wer diese Rüstung eigentlich kauft. Und das wird dann richtig teuer.

Unsere Aufmerksamkeit müssen wir auch auf das militärische Kerneuropa – die Ständig Strukturierte Zusammenarbeit oder PESCO – richten. Dabei geht es u.a. um eine Eurodrohne, EuroArtillery oder einen EU-Kampfhubschrauber. Fixes Vorhaben für die teilnehmenden Staaten – darunter auch Österreich – ist die reale Aufstockung der Verteidigungshaushalte. Darüber hinaus geht es auch um die Entwicklung eines neuen Kampfjets, dem Nachfolger des Eurofighter. Je mehr Rüstung erzeugt wird, desto niedriger die Stückkosten, desto höher auch die Rüstungsexporte. Nach den USA verkaufen die EU-Staaten die zweitmeisten Waffen in alle Welt, nämlich 27 %. Die vorige EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton hat gesagt: „Wer den Frieden will muss sich rüsten.“ Und genauso schaut das Programm der EU aus. PESCO gibt es eigentlich seit dem Vertrag von Lissabon 2007. Seit dem Referendum in Großbritannien sind die Projekt allerdings erst operativ.

... Zum Friedenserhalt haben wir in Österreich ein ganz wichtiges Instrument: Die immerwährende Neutralität. Im Kern ist die Neutralität ein Ausdruck einer Haltung der Kriegsverweigerung. Und so sollen wir sie benutzen in der EU. 80 % der Menschen sehen die Neutralität als „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“. Jedoch wissen sehr viele Menschen wenig über den militärischen Charakter der EU. Diese Lücke gilt es zu schließen ...

Die Neutralität ist ein Projekt zur Verweigerung von Krieg. Auch in Friedenszeiten hat ein dauernd neutraler Staat dafür zu sorgen, im Kriegsfall – zwischen wem, wann und wo auch immer – Handlungsspielräume zu wahren. Das bedeutet auch, aktive Beiträge zur zivilen Krisenprävention zu leisten.

Sie kennen alle den Spruch: „Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“. Heute könnte das abgewandelt werden: „Stell dir vor, es ist Krieg und er heißt nicht mehr Krieg“! Es werden humanitäre Interventionen durchgeführt, es werden Stabilisierungsmaßnahmen getätigt, es wird Krisenmanagement gemacht, wir projizieren unsere Streitkräfte oder nehmen Schutzverantwortung wahr. Es wird stark verklausuliert, um was es da tatsächlich geht: Um Truppen-Entsendungen zur Wahrung von Interessen. Die Neutralität ist hier besonders wichtig.

Leonard Nimoy, Mr. Spock würde sagen: Neutralität – lebe lange und in Frieden. Danke.

In Österreich gibt es etwa 11.000 Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie. Mit den dahinter liegenden Arbeitsplätzen sind wir bei 20.000. Bei ca. 3,7 Millionen Beschäftigten sind das nur 0,3 % der direkt dort Tätigen. Das sind meist hochspezialisierte Kräfte, die sind gefragt. Sie finden zum Teil sicher leicht einen anderen Arbeitsplatz. Das heißt, dass das so schwerwiegende Arbeitsplatzargument in der Rüstungsindustrie so schwerwiegend nicht ist.“

Sara Tavares da Costa – Young European Socialists

„ ... Ich würde es auch gern an der Frage festmachen, wie unkritisch man der EU als gesamtes Projekt gegenübersteht. Ich kann das nicht zwingend nur in der Frage der Friedens- und Kriegspolitik sondern in der EU als Gesamtes festmachen, weil ich glaube dass viele sich auch nicht die Frage beantworten können für wen die EU überhaupt Politik macht, und wenn man sich diese Frage nicht richtig beantworten kann, nämlich für die Konzerne, dann wird man auch eine schwierige Positionierung gegenüber der Frage wie steht man zum Beispiel zu einem EU-Heer, finden. Weil man dann auch nicht sieht, für wen dieses EU-Heer arbeiten wird, nämlich sicherlich nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Prinzipiell fordern wir – da werden wir uns schnell einig - die Abkehr von Aufrüstung, ein Stopp der Waffenexporte, auch eine Neuverhandlung dieser gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Begriff der Neutralität wird ebenso wie der Begriff der Demokratie von konservativen Kräften immer mehr ausgehöhlt ...“

Marcus Strohmeier – ÖGB

„ ... Für die Menschen in Europa ist das Wichtigste an der Europäischen Union, das sagen spontan 60-70% der Menschen – die Friedensunion – der Frieden in Europa. Die EU verkauft sich auch als Friedensunion, ...die Politikerinnen und Politiker betonen...dass dank der EU der Frieden in Europa

besteht, wobei dieser Friede in Europa ja auch wie wir wissen nur eine Fiktion ist, nachdem 600 km von hier ein Land unter einem Bürgerkrieg leidet, das ist ja nicht weit entfernt, das ist näher als Vorarlberg von Wien, also, der Krieg ist schon zurückgekehrt nach Europa (Ukraine-Konflikt). Er ist Tatsache in europäischen Ländern.

Also, die europäische Union als Friedensprojekt – ja, ist sie das auch wirklich? Die große Stimme der europäischen Union die Frau Merkel hat gesagt: Es muss eine europäische Armee geben. Wenn Frau Merkel ... das sagt, zumindest blickt alles nach Deutschland und Frankreich, wenn es um die Zukunft der EU geht, dann wird mir Angst und Bang. Und Angst und Bang wird mir auch, das hat nicht die schwarz/blau Regierung gebracht, sondern schon die rote/schwarze Regierung gemacht, nämlich der Pesco beigetreten. Der frühere Bundesminister Doskozil... hat sich dafür stark gemacht, dass wir dieser Militärunion beitreten und mit alledem was damit verbunden ist. Wir sind Teil der europäischen Armee die sich jetzt im Aufbau befindet. Letzten Sommer wurden 15 Kampfhubschrauber angeschafft worden, als Katastrophenhilfe. Hubschrauber für Katastropheneinsätze schauen anders aus, die sind eher breiter und bieten mehr Platz für Transportkapazitäten. Wir wissen auch wie Kampfhubschrauber aussehen. Wir haben 15 Kampfhubschrauber gekauft! Es ist ganz eindeutig, dass hier versucht wird die österreichische Neutralität weiter auszuhöhlen ... Das ist etwas, was 25 oder 30 Jahre bereits betrieben wird, auch Sozialdemokraten, die ÖVP und die FPÖ sowieso, betreiben es mit großer Verbissenheit. Einer der negativen Höhepunkte war, dass die SPÖ ein Berufsheer fordert ... Es geht in Wirklichkeit um die Neutralität, die Politiker*innen trauen sich nicht das offen zu nennen, denn wie bereits gesagt wurde, die Neutralität ist bei 80% der Menschen doch verankert. Das ist eine der großen Erfolge von der österreichischen Friedensbewegung in den 1980iger und 1990iger Jahren, die Neutralität dermaßen in den Köpfen der ÖsterreicherInnen zu fixieren, dass es undenkbar für österreichische Politiker*innen ist, die österreichische Neutralität jetzt abzuschaffen. Aber sie tun alles Mögliche und was in ihrer Kraft steht, die Neutralität zu untergraben. Mit dem Beitritt zu Pesco sehen wir die Auswirkungen, wir haben derzeit über 1.000 Soldaten im Ausland stationiert. Viele Missionen davon sind keine Friedensmissionen. Eine Mission ist z.B. an der ungarisch/serbischen Grenze Flüchtlinge zu jagen. Das ist für mich kein Neutralitätsprojekt und schon gar kein Friedensprojekt, dass man dort Flüchtlinge jagt. Diese Projekte sind auch Teil des Pesco-Vertrages und dort werden auch unsere Soldaten eingesetzt und das ist natürlich verwerflich. Als ÖGB haben wir auch entsprechende Beschlüsse am ÖGB-Kongress gefasst, das klare Bekenntnis zur Neutralität (steht auch im ÖGB-Statut und im ÖGB-Programm). Wenn

Politiker weiter versuchen, die Neutralität scheinbarweise abzutragen, werden wir auch immer davor mahnen und warnen. Es ist natürlich ungleich schwerer, denn ... Sie dürfen nicht vergessen, als Gewerkschaft hat man auch seine Verpflichtung gegenüber Arbeitnehmern, über 100 Unternehmen in Österreich produzieren für die Rüstungsindustrie. Ich bin sehr traurig darüber, ich würde mich freuen, wenn sie etwas anderes herstellen. Zum Beispiel in Simmering haben wir immer noch ein Panzerwerk. Ich weiß nicht wozu wir ein Panzerwerk brauchen, eine Panzerproduktion ...

Die Sozialpartnerschaft ist momentan in einer schweren Krise. Wir hatten zwei Gremien der Sozialpartnerschaft, den Beirat und den Internationalen Ausschuss, dem ich auch vorgesessen bin. Die Wirtschaftskammer hat dieses zweite Gremium einseitig aufgekündigt. Warum ist das so wichtig? Österreich ist ein Exportland mit 70% Produktionsexport. Das heißt, wir haben im Gremium sehr viel zu bereden gehabt ... Als es den Ausschuss noch gegeben hat, habe ich über die Rüstungsindustrie sprechen wollen! Das erste was von der Wirtschaftskammer gekommen ist: Was sagst Du hier Rüstungsindustrie? Das sagt man nicht. Ich: Wie sagt man sonst dazu? Antwort: Das ist eine Sicherheitsindustrie. Meine Antwort war darauf: Das muss aber sehr sicher sein, denn ich habe die Bilder noch im Kopf wie die IS-Terroristen mit österreichischen Pandur-Panzern in Kirkuk (Nordirak) einmarschiert sind. Da habe ich gesagt: Das muss eine ganz besondere Sicherheitsindustrie sein, wenn Terroristen mit unseren Panzern in irakische Städte einmarschieren. Da dürfte einiges fehl laufen. Das wissen wir seit dem Noricum-Skandal, dass in unserer Rüstungsindustrie einiges fehl läuft und auch das ist eine Untergrabung der Neutralität und eine Ignoranz gegenüber einer friedliebenden Politik.

... Es gibt auch kein Interesse vom Außenministerium eine aktive Neutralitätspolitik zu betreiben. Was furchtbar schade ist. Das was uns unterscheidet von den anderen Ländern in der Europäischen Union ist die Neutralität, ist das Image, das unter Bruno Kreisky mühsam aufgebaut wurde. Es ist das Image einer vermittelnden Nation. Als die Atomgespräche in Wien mit dem Iran waren, das war etwas, was ich sehr positiv empfunden habe. Da wurde angeknüpft an dieses Image, das wir in den letzten zwei Jahrzehnten leider verspielt haben oder dabei sind es vollständig zu verspielen. Da sehe ich eine große Chance. Was wir jetzt haben ist eine Europäisierung Österreichs. Das ist auch in der Politik der Fall. Wir machen nichts anderes als dass wir das kapitalistische, neoliberale Modell vollständig in Österreich übernehmen, dazu gehört auch eine europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und das ist natürlich anzuprangern. Der ÖGB wird sich im Herbst bemühen, wieder ein bisschen mehr

punkto Friedensbewegung und Frieden zu tun. Weil wir auch da, wie die ganze österreichische Friedensbewegung, ein bisschen eingeschlafen sind. Alle gemeinsam schaffen wir es vielleicht, unsere Friedensbewegung ein bisschen aus dem Schlaf wach zu küssen. Da können wir noch etwas mehr tun ...

Neutralität – ist die große Waffe, die wir haben. 80% der Menschen stehen dahinter, das ist super für uns – so schlecht stehen die Chancen ja überhaupt nicht, dass wir die Menschen für Friedensprojekte, Neutralitätsprojekte, Neutralitätspolitik begeistern können ... Die Neutralität zu verteidigen sehe ich auch als große Chance. Die Bevölkerung hat ja keine Ahnung was Pesco heißt, ... bis auf eine kleine verschwiegene Runde ... Man sollte einfach mehr darüber reden. Es wäre einmal ein Zeichen, wenn wir wieder eine große Demo zusammenbrächten. Fünf-, sechstausend Leute, es wäre ein Zeichen – wir leben. Das muss gut vorbereitet sein und schauen wir einmal wie sich das in nächster Zeit entwickelt. Es liegt auch an uns allen gemeinsam. Da kann man nicht sagen, der ÖGB soll, das wird es nicht spielen, sondern wir alle können und da soll sich der ÖGB nicht ausklammern, aber auch die andern alle sollen sich nicht ausklammern. Wenn so etwas gelingen kann, dann nur gemeinsam.

Franz Sieder – Kaplan, Betriebsseelsorger, Pax Christi

... Die Neutralität hat für mich einen sehr hohen Wert, und sie ist ein ganz wichtiges Instrument für den Frieden. Österreich ist durch seine Neutralität mehr befähigt, versöhnungsbildend und friedensstiftend in der Welt zu wirken. Bruno Kreisky hat uns das vorexerziert. Er konnte als Friedensstifter zwischen Israel und den Palästinensern viel glaubwürdiger auftreten, weil er aus einer neutralen Position sprechen konnte ... Seit Kreisky haben wir diese Chance für eine aktive Neutralität viel zu wenig genutzt. Wir haben in Österreich sogar eine Art Universität für Neutralität – es ist die Friedensakademie in Stadt Schlaining im Burgenland – dort werden Mediatoren für Konfliktlösung und Friedensvermittlung ausgebildet. Dieses wichtige Instrumentarium der Neutralität wurde aber in den letzten Jahren finanziell ausgehungert. Für mich ist der Grund dafür, dass für die politisch Mächtigen in Österreich die Neutralität kein wirklicher Wert war uns sie haben auch selbst keine bewusste aktive Neutralitätspolitik betrieben.

... Die meisten europäischen Staaten sind bei der NATO – ich persönlich halte nichts von der NATO. Für mich ist sie in einem gewissen Sinn auch eine militärische Okkupation von Europa durch die USA und auch eine große Provokation für Russland ...

Die evangelische Theologin Dorothee Sölle sagte, dass das Unrechtssystem der kapitalistischen Wirtschaft das Militär braucht, um dieses Unrechtssystem aufrechtzuerhalten und abzusichern. Es ist der militärisch-wirtschaftliche Komplex. Je mehr Europa zu einem Wirtschaftskomplex wird, desto mehr drängt es nach einer europäischen Armee ...

... Papst Franziskus kritisiert sehr massiv die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, diese Wirtschaft tötet, in dieser Wirtschaft werden Menschen wie Müll entsorgt. Papst Franziskus schreibt auch, dass dieses Wirtschaftssystem der Hauptverursacher der Klimazerstörung ist ...“

Michael Kösten – Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg

„ ... Die Neutralität ist ebenso wie der Staatsvertrag ein Verfassungsgesetz Österreichs. Beides sind Grundpfeiler unserer Demokratie. Die Grundsätze unserer Verfassung: staatliche Unabhängigkeit, Demokratie, Antifaschismus, Antimilitarismus und Neutralität. Die Neutralität wird immer mehr ausgehöhlt, dennoch sind 80% der Österreicher für sie. Die Herrschenden fürchten den Widerstand der Menschen zur Beibehaltung der Neutralität, deswegen führen sie die Neutralität weiter im Mund.

Die EU-Militarisierung schreitet auf Betreiben der Großmächte Schritt für Schritt voran. Der Beschluss von PESCO 2017, der Vertrag den die Herrschenden unterschrieben haben, bedeutet u.a.: Unser Heeresbudget soll längerfristig auf 2% erhöht werden, d.h. statt derzeit 2,6 Milliarden Euro dann über 7 Milliarden Euro. Für die Entwicklung von Forschungs- und Rüstungsgütern der EU wird Österreich allein von 2019 bis 2021 schon ca. 690 Millionen Euro bereitstellen. „*PESCO könnte für das Militär der EU einmal so bedeutsam werden, wie der Euro für die Wirtschaft*“ schrieb dazu die „Berliner Morgenpost“ 2017. Die EU erhöht ihr Militärbudget immer weiter aber sie tut uns das z.T. unter anderen Posten unterjubeln, unter Friedenssicherung, unter dem Flüchtlingsthema, Terrorismusbekämpfung, nicht unter dem Thema Kriegsunion! Bei allen diesen sogenannten Friedensmaßnahmen landen wir dann irgendwann im Krieg. Zum Beispiel der EU-Budgetposten Friedensfazilität – ein schönes Wort – dient dazu, große Teile künftiger Militäreinsätze und die Aufrüstung befreundeter Staaten oder Rebellengruppen zu finanzieren – Budget ca. 10 Mrd. Euro.

Der größte Teil des EU-Militärbudgets wird unter dem Titel Industrieförderungen vergeben. Das ist wahr, für die Rüstungsindustrie ist das eine tolle Förderung. Das neue EU-Rüstungsbudget für 2012 – 2027 beträgt schon ca. 60 Mrd. Euro. Die

Rüstungsausgaben der einzelnen EU-Staaten betragen im Jahr 2017 übrigens ca. 214 Mrd. Euro.

Deutschland, der bestimmende Staat in der EU, u.a. der viertgrößte Waffenexport der Welt, hat allein 2019 ein Heeresbudget von 43 Milliarden Euro ... Zügig wird der deutsch-französisch dominierte militärisch-industrielle Komplex ausgebaut. Es kommt zu einer Zentralisierung der Industrie, zu Fusionen von Waffenkonzernen. Drei große Projekte plant die EU, d.h. vor allem Deutschland und Frankreich:

1. die Euro Drohne
2. neue Kampfpanzer, die den französischen Leclerc und den deutschen Leopard ersetzen sollen ...
3. das neue Kampfflugzeug NWGS, das den französischen Rafale und den deutschen Eurofighter ersetzen soll. Hier erwarten sich die beteiligten Firmen z.B. Umsätze von ca. 500 Milliarden in den nächsten 20 Jahren.

Jetzt hat die Deutsche Bundeswehr gerade mit der Deutschen Bahn ein Abkommen um 100 Millionen Euro vorerst auf zwei Jahre (2019 und 2020) abgeschlossen. Die Bahn reserviert der Bundeswehr 300 Waggons plus Loks für das Potenzial 1.300 jährliche Transporte bereitzustellen und es wurde die Umkehr der Vorfahrtsregel vertraglich festgelegt. Es geht darum eine möglichst schnelle Verlegung von 10.000 und mehr Soldaten plus Geräte an die an Russland grenzenden Staaten zu garantieren. So soll zum Beispiel der Leitverband der NATO-Speerspitze, die deutsche Panzerlehrbrigade 9, so schnell wie möglich an die Ostfront verlegt werden. Das sind 10.000 Soldaten, 150 Kettenfahrzeuge, 3.300 Radfahrzeuge etc. Es geht hier sowohl um Transporte für die NATO als auch für die „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ und für die EU! Der Feind steht im Osten. Der Feind ist Russland. Im Übrigen Umkehr der Vorfahrtsregel heißt: Wenn Sie in Personenzug sitzen, so hatte Ihr Zug bis jetzt Vorfahrt und der Militärzug musste warten. Nun ist das umgekehrt! Militär, Aufrüstung, Krieg hat Vorrang!

Es geht den USA und eben auch den großen europäischen Mächten Frankreich und Deutschland,

darum, Märkte zu sichern und auszubauen, es geht um Eroberung von Rohstoffquellen und Einflussphären, es geht um Aufrüstung und Kriege für noch mehr Profite. Um Kriege besser zu legitimieren, leichter zu finanzieren, unsere Steuergelder dafür auszugeben ohne zu viel Widerstand, versuchen die Herrschenden uns weis zu machen, dass wir bedroht sind, dass unserer Sicherheit bedroht ist, durch die Masse von Flüchtlingen, durch Terroristen – besonders durch islamische Terroristen, durch Putin, durch China. Sie versuchen eine Stimmung der Unsicherheit, der Angst zu erzeugen. Sie müssen Feindbilder schaffen, sie bauen Bedrohungsszenarien auf, innere und äußere Bedrohungsszenarien.

Zu den inneren Bedrohungsszenarien zählen die Flüchtlinge ... Äußere Bedrohungsszenarien sind der Islam, Russland und China. Unter dem Vorwand, die Überflutung durch Flüchtlinge abzuwehren, unter dem Vorwand, den Terrorismus auf der Welt zu bekämpfen, den sie in der Hauptseite selbst geschaffen und finanziert haben, unter dem Vorwand, den Völkern Freiheit, Demokratie und westliche Werte zu bringen und diese zu bewahren, geht es doch nur um eines: um noch mehr Profit für die größten Konzerne und ihre Anteilhaber, um Profit auch um den Preis weiterer Kriege bis hin zum großen Krieg! ...

Österreich wird von niemandem bedroht, doch in das, was uns alle Parteichefs und Finanziere da hineinziehen wollen, das ist höchst bedrohlich – und arbeitet erst recht den Rechten in die Hände! Die EU ist schon seit Jahren auf Rechtskurs, auf Überwachungs- und Sozialabbaukurs, auf Militarisierungskurs.

Österreich ist neutral. PESCO ist mit unserer Neutralität überhaupt nicht vereinbar, und auch nicht mit unserer staatlichen Souveränität. PESCO ist politischer Landesverrat.

Wir müssen schauen, dass wir uns aus diesen Kriegsvorbereitungen und Kriegen heraushalten. Die Neutralität ist heute wichtiger denn je, sie ist der wichtigste Beitrag den wir für die Erhaltung des Friedens leisten können!

Aufgelesen:

Kevin Kühnert auf den Punkt gebracht

Der Vorsitzende der deutschen Jungsozialisten Kevin Kühnert sorgte kürzlich für Aufregung bis in die Spitzen seiner eigenen Partei hinein. So mancher Funktionär plädierte für einen Ausschluss Kühnerts wegen seiner Ideen, in denen er seine Sicht eines sozialen Gemeinwesens darstellt. Hier eine komprimierte Zusammenfassung:

> Eine bessere Welt ist nicht nur denkbar, sondern auch realisierbar, als freie Welt freier Menschen, die kollektive Bedürfnisse in den Vordergrund stellt und nicht Profitstreben.

> Was unser Leben bestimmt, soll in der Hand der Gesellschaft sein und demokratisch von ihr bestimmt sein. Eine Welt, in der die Menschen ihren

Bedürfnissen nachgehen können. Eine Demokratisierung aller Lebensbereiche.

> Wir haben es mit millionenfach niedrigen Löhnen zu tun, mit Hunger und Armut auf der Welt, Dingen also, die dem Streben nach persönlicher Entfaltung entgegenstehen. Die weit überwiegende Zahl der Menschen arbeitet nicht, um eigene Bedürfnisse zu befriedigen, sondern das Bedürfnis anderer nach Profitstreben. Es gibt Leute, die Kapital besitzen und Leute, die dieses Kapital erarbeiten. Die Kapitalbesitzer sind in unserer Gesellschaft nicht zwangsläufig Fabriksbesitzer. Es sind auch Leute, die großen Immobilienbesitz haben, große Aktienpakete oder Fondsanteile. Die müssen nicht selbst produktiv tätig sein, sondern können ihr Kapital für sich arbeiten lassen. Über diese Freiheit verfügt in unserer Gesellschaft ein sehr kleiner Teil, der Zugang zu Vermögen ist für die meisten faktisch nicht gegeben.

> Auch der Sozialismus wird und muss mit Marktmechanismen arbeiten. Das Ziel ist vielmehr demokratische Kontrolle darüber, wie wir arbeiten und was wir produzieren. Das heißt konkret, dass wir uns zunächst über unsere Bedürfnisse verständigen. Ein aktuelles Beispiel: Braucht unsere Gesellschaft Waffen? Oder widerspricht es unserem demokratischen Mehrheitsinteresse, wenn wir berücksichtigen, welches Elend Waffen verursachen? Wir könnten uns dafür entscheiden, unseren Wohlstand nicht auf die Produktion von

Waffen aufzubauen, sondern unsere Produktivkraft einzusetzen für Dinge, die uns nutzen, Wohnungen zu bauen oder Zeit mit Familie und Freunden zu verbringen.

> Für viele Millionen Menschen bietet die sogenannte soziale Marktwirtschaft solche Freiheiten heute nicht. Und die kapitalistische Gesellschaftsordnung zeichnet sich vor allem durch die vermeintliche Alternativlosigkeit zu diesem Zustand aus.

> Sollten sie auf den Aufruf zum bewaffneten Umsturz gehofft haben, muss ich sie enttäuschen. Ich versuche hingegen klar zu machen, dass sich alles in Schritten vollzieht. Fortschritte aus dem bisherigen System werden mitgenommen und das, was uns hindert, ein gutes Leben zu führen, wird überwunden. Sozialismus ist das Ergebnis von demokratischen Prozessen, orientiert an unumstößlichen Grundwerten. Es ist der Versuch, dem Ideal einer freien, gleichen und solidarischen Gesellschaft andauernd ein Stück näher zu kommen.

Quelle: ZEIT online, April 2018: „Die lange Nacht der ZEIT; „Der Mann der Stunde“. Kevin Kühnert im Gespräch mit Caterina Lobenstein.“

<https://www.zeit.de/video/2018-04/5771930220001/die-lange-nacht-der-zeit-der-mann-der-stunde-kevin-kuehnert-im-gespraech-mit-caterina-lobenstein>

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen. Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K. **IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650** / BIC: BAWAATWW; **EmpfängerIn:** Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende

Datenschutzerklärung: Wir von den „Gewerkschafter(Innen) gegen Atomenergie (und Krieg)“ nehmen den Schutz und die Sicherheit Ihrer Daten sehr ernst. Daher speichern und verarbeiten wir ausschließlich im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Persönliche Daten wie z.B. Name, E-Mail-Adresse, Adresse, Telefon oder andere persönliche Angaben, welche uns von Ihnen mitgeteilt wurden, werden von uns für den angegebenen Zweck, z.B. im Rahmen einer Anfrage oder einer Spende, verwendet, sicher verwahrt und nicht an unbeteiligte Dritte weitergegeben. Wir nutzen Ihre persönlichen Daten somit nur für die im Rahmen einer Spende oder schriftlichen oder mündlichen Bekundung zur Zusendung unserer Aussendungen in Papierform oder per E-Mail notwendigen Tätigkeiten oder für die Kommunikation mit Ihnen bzw. für die Zusendung von Informationen an Sie. Sie haben jederzeit das Recht Auskünfte über Umfang und Inhalt Ihrer personenbezogenen Daten zu erhalten und diese gegebenenfalls berichtigen zu lassen. Selbstverständlich können Sie die Einwilligung zur Verwendung Ihrer Daten zu den oben beschriebenen Zwecken jederzeit widerrufen. Ein Widerruf hat zur Folge, dass wir Ihre Daten ab diesem Zeitpunkt zu oben genannten Zwecken nicht mehr verarbeiten. Einen Widerruf oder Ihre Anfrage richten Sie bitte per E-Mail oder per Post, unter Angabe Ihres Namens bzw. Adresse, an uns. Mit Angabe Ihres Namens, Ihrer (E-Mail-)Adresse bzw. der Einzahlung einer Spende erklären Sie Ihre Einwilligung zur Verwendung Ihrer und der angeführten Daten durch die „Gewerkschafter(Innen) gegen Atomenergie (und Krieg)“ zu den oben angeführten Zwecken.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ022030950 S** – ZVR 100322133. **Offenlegung** nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida

Regierung: Krise – Abwahl – Neuwahl



Demonstration für Rücktritt der Kurz-Strache-Regierung

Es ist bezeichnend, dass Strache und Gudenus - und in der Folge die FP-Regierungsmannschaft nicht schon längst wegen ihrer rechten Umtriebe und ihrer rechten, die Menschen verachtenden und industrie-freundlichen Politik zurücktreten mussten, sondern erst wegen des „Ibiza-Videos“, das tief in den Polit-, Macht-, Industrie- und Lobbysektor blicken lässt.

Es ist bezeichnend, dass nach der Veröffentlichung des Videos nur mehr vom Skandal die Rede ist, nicht mehr von der rechts-rechten Politik der FPÖ in Bundes- und Landesregierungen (ja dort weiter von ÖVP und SPÖ mit der FPÖ koalitiert wird), nicht mehr von den rechten deutschnationalen Burschenschaftlern, nicht mehr von der engen Verbindung zwischen FP und den rechtsextremen Identitären, die Kontakte zu faschistischen Bombenlegern haben (Stichwort Christchurch), usw.

Es ist bezeichnend, dass Kurz – selbst zumindest rechts-konservativ –

- der diese Koalition mit den FP-Rechten zu verantworten hat und damit deren Aufwertung und Aufstieg und Festsetzung in Staatsämtern und staatlichen Betrieben und Institutionen,
- der die Ultrarechten zum eigenen Machterhalt und vor allem zur Errichtung einer Regierung der Industrie gewähren ließ und auf Landesebene weiter gewähren lässt,
- der zur Erfüllung der Wünsche der Industrie und seiner Sponsoren aus der Industrie zur Destabilisierung des Landes beitrug indem er brutale Politik gegen die arbeitenden Menschen machte mit Arbeitszeitverlängerung, Auslieferung der Gelder der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten an die Unternehmer, Aufkündigung der „Sozialpartnerschaft“, Missachtung des Parlaments usw.,

dann nach Aufkündigung der Koalition mit der FP gemeinsam mit Bundespräsident Van der Bellen so tat, als sei die "Stabilität des Landes" gefährdet, wenn er, Kurz, nicht bis zu Neuwahlen im Kanzleramt bliebe.

Es ist bezeichnend, dass Kurz die rechte VP-FP-Regierung erst knapp vor der EU-Wahl platzen ließ, um sich so kurz vor der EU-Wahl als „Saubermann“ und „Aufräumer gegen rechts“ (gegen Kickl) werbewirksam hinzustellen. Sein Erfolg bei der EU-Wahl ist weniger eine Zustimmung zu ihm und zur ÖVP gewesen als eine Ablehnung der offenen Rechts-Rechten.

Es ist bezeichnend, dass sich Kurz, der gerade noch den „Anti-Strache-Kickl“ spielte, nunmehr mit Hilfe seines Beraterstabes (Opus Dei) und der Kirche (Kardinal Schönborn) – ähnlich wie die rechten Machthabe in Polen oder Ungarn – und einem rechten evangelikalen Prediger (in ähnlich wie es Trump macht) in der Wiener Stadthalle als klerikal-rechter „Retter des christlichen Abendlandes gegen den Islam“ feiern lässt.

Es ist bezeichnend, dass in den Medien zwar das Ibiza-Video ständiges Thema ist, aber nicht davon die Rede ist, dass Video und Neuwahlausufung durch Kurz vor der EU-Wahl davon ablenken, dass die Industrie zufrieden mit der Kurz-Politik ist. Nicht umsonst (im wahrsten Sinne des Wortes) haben Industrielle wie der KTM-Chef oder der PORR-Hauptaktionär Ortner und andere die Kurz-ÖVP mit rund 4,4 Millionen gesponsert und die Wirtschaftsseite dafür Steuergeschenke, Arbeitsflexibilisierung und den alleinigen Zugriff auf die Sozialversicherung erhalten oder wurden direkt mit Posten belohnt wie etwa die Ortner-Tochter Iris mit einem Aufsichtsratsmandat bei der staatlichen Beteiligungsgesellschaft ÖBAG (OMV, Post, Verbund Telekom Austria, APK, BIG, FIMBAG, IMIB, Schoeller-Bleckmann).

Es ist bezeichnend, dass Medien und kritische Politik zwar höchst berechtigt Straches Ansagen im Video über Parteienfinanzierung am Rechnungshof vorbei, Wasserausverkauf, Medienübernahmen, Umleitung von Staatsaufträgen verurteilten, aber kaum oder gar nicht davon sprachen, geschweige dagegen etwas unternehmen, dass der Kurz-Vertraute Benko sich in die Krone einkaufte, das „Rudolf-Sallinger-Haus der WKÖ zum Schaden der Wirtschaftskammer-Mitglieder um die Hälfte des Preises (17 Mio. Euro) kaufte, um es dann drei Wochen später um fast das Doppelte (32 Mio. Euro) weiter zu verkaufen oder dass der Ausverkauf von Gesundheit und Staatseigentum durch die Sozialversicherungs-„Reform“ oder die Umwandlung der staatlichen Beteiligungsgesellschaft ÖBIB in eine Aktiengesellschaft (ÖBAG) vorbereitet wurde.

Es ist bezeichnend, dass im Zuge der EU-Wahl über alles Mögliche gesprochen wurde nur nicht darüber, dass alle Parteien – die NEOS ganz offen –

für die Militarisierung der EU, für eine EU-Kriegsunion eintreten – auf Politdeutsch heißt das verharmlosend, dass Österreich sich an der „EU-Verteidigungspolitik zum Schutze Europas“ beteiligen soll. Das widerspricht total der Neutralität Österreichs! Das wird an der Bevölkerung vorbei vom Bundespräsidenten abwärts, egal welche Regierung, egal ob gewählt oder eingesetzt, exekutiert – zum Schaden der Bevölkerung und seiner Sicherheit. Denn wer an Militärbündnissen wie der EU-Armee mitmacht, wer NATO-Truppen-transporte durch Österreich zulässt, der macht unser Land im Fall des Falles selbst zum Kriegsschauplatz und zum Angriffsziel!

Es ist bezeichnend, dass das Ibiza-Video schon im August 2017 gemacht wurde, also noch vor der letzten Nationalratswahl im Oktober 2017, vor dem Sieg von Türkis und der Koalition von Kurz mit den Braun-Blauen, aber erst im Mai 2019 (!) an die Öffentlichkeit gespielt wurde. Wäre die Veröffentlichung vor der Nationalratswahl 2017 geschehen, den „blau-türkisen Wunder-Wahlsieg“ hätte es nicht gegeben – im Gegenteil. Die Industrie brauchte die Blau-Braunen als Mehrheitsbeschaffer für ihr werbewirksam und mit Millionen Euro an Wahlspenden aufgebautes „Wunderkind“ Kurz zur Installierung einer Industrie-Regierung. Die Industrie hat so ihren 12-Std.-Tag und die 60-Std.-Woche zum Schaden der Arbeitenden (weniger Überstundenbezahlung, Arbeiten auf Abruf), die Übernahme der Sozialversicherung mit dem alleinigen Zugriff auf die ca. 50 Milliarden Euro Sozialversicherungsgelder (Kranken- und Pensionsversicherung) der 7 Millionen Arbeiter und Angestellten, die Immobilienwirtschaft und die Hotellerie Steuergeschenke in Millionenhöhe und vieles mehr erhalten.

Es ist bezeichnend, dass Kurz bei der Aufkündigung der Koalition mit der FPÖ und im Hinblick auf Neuwahlen davon sprach, dass in Zukunft „das Land von einer Person geführt“ werden solle – nämlich von ihm – das trägt diktatorische Züge.

Es ist bezeichnend, dass FP-Hofer so tut als hätte die FP Konsequenzen gezogen, die FP wieder eine normale Partei, das Video ein „Ausrutscher“ sei – und Strache schon wieder an seiner Polit-Rückkehr arbeitet, in z.B. Niederösterreich Waldhäusl und Landbauer weiter in Amt und Würden sind.

Es ist bezeichnend, dass weder ÖVP noch SPÖ, die noch mit der FP in Koalition sind, diese nicht aufkündigen und sowohl Kickl, Hofer oder der Salzburger Landeshauptmann Haslauer sich eine neuerliche Regierung mit der FP vorstellen können. Die angeblich so „liberalen“ NEOS des Hans Peter Haselsteiner haben dem Misstrauensantrag gegen Kurz nicht zugestimmt. Grüne- Chef Kogler hat eine

Zusammenarbeit mit der ÖVP nicht ausdrücklich ausgeschlossen, nur gemeint, dass die ÖVP für diesen Fall noch „einen weiten Weg gehen müsse.“ Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, dass der ORF die Grünen – obwohl derzeit nicht im Nationalrat – zu den ORF-Diskussionsrunden zur Nationalratswahl am 29. September einladen wollen. Warum nicht alle wahlwerbenden Parteien und gesellschaftlich von Bedeutung seienden Gruppen wie Jugendliche, Schüler*innen, Lehrlinge, Studierende, Arbeitende, Arbeitslose, Pensionist*innen, Vertreter*innen aus Berufsvertretungen, Gewerkschaften usw.? Der ORF als öffentlich-rechtliche Institution könnte so seinem gesetzlichen Auftrag, ein Medium der Öffentlichkeit zu sein, am passendsten und besten nachkommen.

Es ist bezeichnend, dass Kurz nicht freiwillig zurücktrat und in Absprache mit Bundespräsident Van der Bellen zunächst praktisch eine ÖVP-Alleinregierung bis zur Neuwahl installieren wollte, obwohl die ÖVP bei der Nationalratswahl 2017 von den abgegebenen Stimmen 32%, von allen Wahlberechtigten nur rund 25% erhielt, also ganz weit weg von einer alleinigen Parlamentsmehrheit war und ist. Der Misstrauensantrag gegen das ganze Kurz-Kabinettt war somit die logische Folge.

Es ist bezeichnend, dass dann Bundespräsident Van der Bellen eine Übergangregierung einrichtete und angelobte, die als „Expertenregierung“, als Übergangsregierung bis zur nächsten Wahl angeblich nur „verwalten“ würde.

Es ist bezeichnend, dass auch das nicht stimmt, dass die Übergangregierung nur verwalten würde. In Wirklichkeit führt sie die meisten Projekte der per Misstrauensantrag abgewählten türkis-blauen Regierung weiter, statt diese zumindest zu stoppen oder macht schlichtweg unter dem Vorwand bloß eine „Expertenregierung“ zu sein, Politik für z.B. EU-Militarisierung und Industrie wie etwa:

- Weiterlaufen lassen statt Stopp der Sozialversicherungs-„Reform“, die in Chaos und zu Postenschacher hin zu vor allem schwarzen Wirtschaftskammerern mündet und statt „Einsparung“, Mehrkosten von 2 bis 3 Milliarden Euro bedeutet und in der Folge zu mehr Selbstbehalten oder weniger Leistungen für die Versicherten führt und die Sozialversicherung für private Gesundheitskonzerne und deren Profitstreben öffnet.
- Das Begehren des Übergangs-Verteidigungsministers, Generalmajor Starlinger, dass das Bundesheer 12 Milliarden Euro bräuchte, weil es sonst nächstes Jahr „pleite“ sei, keine Auslandseinsätze mehr führen könne. Dazu muss man wissen, dass der frühere Adjutant des Bundespräsidenten Van der Bellen und der Berufsheer-Befürworter ab 2013 stellvertretender Chef des

„Multinationalen Kommandos Operative Führung /Multinational Joint Headquarters Ulm war, das seit dem Jahre 2013 eine Dienststelle der Streitkräftebasis der (*deutschen, Anm. d. Red.*) Bundeswehr mit Sitz in Ulm ist. Es stellt Personal und Material zur Planung und Führung multinationaler Einsätze der Land-, Luft- und Seestreitkräfte der Europäischen Union und der NATO in einem Spektrum von humanitären und friedenssichernden Operationen bis hin zu Kampfeinsätzen.“

(https://de.wikipedia.org/wiki/Multinationales_Kommando_Operative_Führung).

Bundespräsident und Verteidigungsminister treten die Neutralität mit Füßen!

Es ist bezeichnend, dass nach dem Rausschmiss der FP aus der Kurz-Regierung aufgrund des Ibiza-Videos und dem Misstrauensantrag gegen Kurz, Bundespräsident Van der Bellen trotzdem den aus dem FP-Hofer-Ministerium stammenden rechten Burschenschafter und Straches Wehrsportler-Freund Reichhardt als neuen Verkehrsminister angelobte (Standard, 3.6.2019). Ebenso bezeichnend ist, dass er Alexander Schallenberg, einen „Intimus von Kurz“ (Presse 2.3.2018), angelobte, bei dem zudem türkise Ex-Mitarbeiter von Kurz und Blümel „weiter an einflussreicher Stelle werken“ und auch im Bundeskanzleramt von Neo-Kanzlerin Bierlein ist z.B. Ex-Kurz-Regierungssprecher Launsky-Tieffenthal weiter beschäftigt ist (Kurier, 22.6.019). Damit wird der Misstrauensantrag gegen Kurz im Parlament praktisch unterlaufen und auch die Aussage von Kanzlerin Bierlein, dass sie zu Kurz keinen Kontakt habe, relativiert.

Es ist bezeichnend, dass die SPÖ als größte Oppositionspartei bislang keinen Antrag zum Stopp der Sozialversicherungsumbaus, zum Zurück zum 8-Stunden-Tag, zur Rücknahme der „Sozialhilfe neu“, zur Rücknahme der Unternehmergeschenke usw. einbrachte.

Es ist bezeichnend, dass Anträge der Parteien im Parlament, die am 2. Juli zur Abstimmung kommen sollen wie zum Glyphosatverbot, Papamonat, Rauchverbot in Lokalen, zur Erhöhung des Pflegegeldes, zur Abgeltung freiwilliger Helfertätigkeit, Schutz des Wassers vor Privatisierung, volle Anrechnung von Karenzzeiten – vom Übergangs-Finanzminister Müller mit Kosten von rund 100 Millionen Euro angegeben, als „zu teure Wahlzuckerln“ bezeichnet werden. Ein Skandal und Fingerzeig wem auch die Übergangsregierung verpflichtet ist: der Wirtschaft, nicht den Menschen. Denn allein das Steuergeschenk an die kleine Gruppe der Hoteliers macht so viel aus wie all die oben genannten Maßnahmen für eine breite Masse von Menschen.

Es ist bezeichnend für das Demokratieverständnis der Herrschenden, dass alle großen Medien zwar gerne von einem „lebendigen Parlamentarismus“ reden, aber dann, wenn es nur ganz wenig um 100 Millionen Euro für die arbeitenden Menschen geht, das „freie Spiel der Kräfte“ im Parlament als doch zu weitgehend kritisieren. Was sind bei Budgeteinnahmen von fast 80 Mrd. Euro im Jahr 100 Mio. Euro an Ausgaben – noch dazu bei sprudelnden Steuereinnahmen für den Finanzminister (Steigerung von 2016 auf 2019 von 71,3 Mrd. auf 79,7 Mrd. Euro), die ja zu 80% von der breiten Masse der Bevölkerung stammen? Gerade einmal 0,13 %! (Quelle: <https://www.bmf.gv.at> - Das Budget im Überblick).

Wer wirklich die Konsequenzen aus Türkis-Blau ziehen will, muss vom Parlament aufwärts über die Regierung bis zum Staatsoberhaupt alle rechten Umtriebe – seien es die als „neue Gerechtigkeit“ beschönigten klerikal-autoritären von Kurz, seien es die als „heimatsozial“ getarnten deutschnationalen, „identitären“ oder offen faschistischen der FP und anderen – und alle Gesetze, die die türkis-blaue Regierung gegen die arbeitenden Menschen in Gang gesetzt hat per Parlamentsmehrheit stoppen, rückgängig machen und aktiv bekämpfen!

Solche und mehr Anträge, zum Beispiel Aufhebung von 12-Std.-Tag/60-Std.-Woche, Sozialversicherungs-Umbau, „Sozialhilfe-neu“ oder weitere Maßnahmen für die arbeitenden Menschen gegen Arbeitslosigkeit, hohe Lebensmittelpreise (25% bis 33% in Österreich teuer als im EU-Durchschnitt!), Mietkostenexplosion usw. durch z.B. Erhöhung der Pensionen der Masse der Kleinrentner*innen, Arbeitszeitverkürzung, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Spekulationssteuer, Wertschöpfungsbesteuerung usw. sowie für konkrete Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe und zum Klimaschutz gemäß Pariser Vertrag, sind im Parlament einzubringen. Dann wird sich klar und deutlich zeigen wer auf welcher Seite steht.

Der Staat, das sind wir alle, die arbeitenden Menschen, wir müssen überall in Gesellschaft und Staat das Sagen haben. Nicht die Industrie, die Lobbys, die 1% Reichen, die Polit- und Bürokratiebonzen!



It's Messiah time – Es ist Messiaszeit

Messiassen gesucht!

Der Ruf nach dem starken Mann ist überlaut geworden!

Aber Achtung: Messiasse sind Leichenmacher!

Sie setzen gnadenlos ihre Ideen durch, ohne Rücksicht auf Verluste!

Darunter gibt es:

Leuchtende Messiasse,	Dunkle Messiasse
strahlende jugendliche Helden, die die Massen anziehen, sind aber nicht wirklich für die Menschen da, sondern ausschließlich egozentrisch für sich selber und ihre Machtansprüche.	sprechen von starken, einschneidenden Veränderungen in der Gesellschaft die aber notwendig sind, um eine neue Zeit herauf zu führen. Es wird nicht offen von Gewalt gesprochen, aber sie ist spürbar.
Sie versprechen ihren Anhängern Belohnungen, Vergünstigungen, gute Posten, Steuererleichterungen, im besten Fall immerwährende Gesundheit und ewiges Leben!	Der Druck der von diesem Messias verhetzten Masse ist im öffentlichen Raum stark bemerkbar. Personen und Einrichtungen des öffentlichen Lebens werden scharf und unnachgiebig kritisiert, ihre Autorität wird ausgehöhlt zu dem Zweck, neue Autoritäten an die Spitzen von Gemeinschaften, Nationen, Völkern, heran zu führen.
Sie verlangen dafür nicht weniger, als Zuneigung, treue Gefolgschaft, Einsatzbereitschaft bis zur Hingabe des Lebens, Fraglosigkeit und blinde Gefolgschaft.	Angst wird verbreitet, durch die weite Kreis zum Schweigen gebracht werden. Minderheiten, Flüchtlinge und Arbeitslose werden oft als Volksschädlinge bezeichnet und verfolgt. Es wird klar gemacht, dass solche Menschen bei einem Systemwechsel nicht mehr staatlich unterstützt werden. Verständnis für Menschen in Not wird als Schwachheit verächtlich gemacht.
Sie bieten dafür ihren ganzen Charme und Freundlichkeit auf, einem Teil ihrer Gefolgsleute Zugang zum inneren Kreis des Systems, teilweise Informationen über Pläne und Vorhaben des Systems, ein Bewusstsein der Zugehörigkeit zu etwas Großem, Weltveränderndem. Die Person des Anhängers erfährt eine Aufwertung, bekommt ein Ruhmesblatt in den Annalen der Bewegung. Das alles wird aber nur vorgetäuscht, und ist diesem Messias gleichgültig.	Rohheit gilt als Stärke und bringt Ansehen!

Und der Unterschied?

Keiner!

In beiden Fällen wird den Menschen ihre Persönlichkeit geraubt, Eigenverantwortung abgenommen, es diktiert der Messias mit seinen Ideen, ohne Rücksichtnahme!

Menschen kommen unter die Räder, werden ausgebeutet, missachtet,
schließlich umgebracht, was später geleugnet oder als notwendig
hingestellt wird.

Doch jeder Messias ist noch gescheitert!

Mit deren Scheitern sind die von den Messiasen missbrauchten / verführten Menschen
bloß gestellt, ziehen sich komplett aus der Öffentlichkeit zurück, um nicht aufzufallen und
sind für ein gesellschaftliches Engagement meist dauerhaft verloren!